

DER BREMER ANTIFASCHIST

0,50 EUR

Landesvereinigung Bremen der VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

April / Mai 2019

Bremerhaven bleibt bunt!

Vom Unbehagen zur Bewegung gegen Rechts

Am Anfang stand ein zunehmendes Unbehagen. Seit April 2018 tauchten immer mehr rechte Aufkleber in Bremerhaven auf: In bestimmten Stadtteilen, an Schulen, am Haus der Jugend, entlang von Demorouten, an Parteibüros von LINKEN und Grünen, am Synagogengedenkstein sowie an Häusern und Autos von AntifaschistInnen. Neonazis bedrohten mehrere junge AktivistInnen und deren Familien. Über facebook schossen sie sich auf einen ehemaligen Stadtverordneten der LINKEN ein, drohten ihm und allen linken „Zecken“, dass man Listen habe mit ihren Adressen. Man

sollte sich beim Verlassen des Hauses immer umschauen. Selbst die Hinterausgänge seien bekannt. Nach und nach wurde deutlich, dass sich hier etwas Neues in der rechten Szene entwickelte. Neben NPD, BIW (Bürger in Wut) und AfD, die seit langem in der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind, etablierte sich eine Gruppe der militanten Neonazi-Partei DIE RECHTE. Sie wird angeführt von Alexander von Malek, bis zum Frühjahr 2018 aktives NPD-Mitglied, bekannt durch Anmeldungen von Hass-Demos vor Asylunterkünften, gegen Zugewanderte und Geflüchtete in Lehe und Mitte. Die Reaktionen von Behördenseite waren anfangs hilflos und beschwichtigend.

Dem Jugendverband der FALKEN ist zu verdanken, dass die Vorfälle gesammelt, im

nein einzuschüchtern. Solche Szenen waren neu in Bremerhaven. Der Verein für gleiche Rechte wandte sich kurzerhand an alle demokratischen Initiativen, Vereine, Organisationen. Parteien, Kirchengemeinden und Einzelpersonen um mit einer baldigen Demo, gemeinsam ein Zeichen gegen Rechts zu setzen.



Demonstration des Bremerhavener Aktionsbündnisses gegen Rechts am 10.11.2018

„Bündnis Gesicht zeigen“ thematisiert und durch eine gemeinsame Presseerklärung bekannt gemacht wurden. Der große Aufschrei in der Öffentlichkeit blieb aber noch aus.

Am 02. September tagten die Mitglieder von DIALOG – Verein für gleiche Rechte. Sie waren erschüttert über die Hetzjagden von Chemnitz, wie auch über die hier vor Ort abgelaufenen Bedrohungen und die neueste Provokation der Rechten gegen die Bremerhavener Seebrücke-Demo am Vortag. Mit dem Nazisparchor „Hier marschiert der nationale Widerstand“ war ein Trupp der Rechten laut brüllend auf die Seebrückedemo zumarschiert um die DemonstrantIn-

Noch vor dem Termin der ersten großen Bündnisversammlung kam es erneut zu Provokationen durch DIE RECHTE. Gleich zweimal wurde dem Verein DIALOG der Briefkasten mit Hassparolen beklebt und mit den Worten „...dann gnade euch Gott!“ gedroht. Am 12. September trafen sich dort trotzdem 45 TeilnehmerInnen erstmalig, um das AKTIONSBÜNDNIS GEGEN RECHTS zu gründen,

darunter VertreterInnen von verschiedensten demokratischen Gruppen, Organisationen, Initiativen, Kirchen sowie Stadtverordnete mehrerer Parteien. Man einigte sich auf eine Demo unter dem Motto „Bremerhaven bleibt bunt! Für Demokratie, Solidarität und gleiche Rechte! Gegen NeonazistInnen, FaschistInnen und RechtspopulistInnen!“ In der Lokalpresse fand man zwar die Briefkastenaktion, die überaus erfolgreiche Bündnisgründung wurde den LeserInnen aber lange vorenthalten.

Bis zur Demo ...

weiter geht es auf Seite 2

Einladung zur Landesmitgliederkonferenz

Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Friedensfreunde,

hiermit laden wir Euch ein zu unserer nächsten satzungsmäßigen Landesmitgliederkonferenz am **Samstag, den 22. Juni 2019, um 15:00 Uhr** in das Helene-Kaisen-Nachbarschaftshaus, Beim Ohlenhof 10, in Gröpelingen ein.

Mitglieder bringen bitte ihr Mitgliedsbuch mit. Wer abgeholt werden möchte, sollte kurz Bescheid geben.

Anträge müssen 14 Tage vorher schriftlich eingereicht werden.

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Eröffnung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Wahl der Versammlungs- und Wahlleitung
2. Ehrung verstorbener Mitglieder
3. Auswertung der Wahlen in Bremen und Europa
4. Bericht des Landesvorstandes, Kassenbericht
5. Aussprache, Revisionsbericht und Entlastung
6. Wahl des/der Landesvorsitzenden, stellvertretenden Landesvorsitzenden, der/

des Landeskassierers

7. Wahl des Geschäftsführenden Landesvorstandes und des erweiterten Landesvorstandes, sowie der Revisoren

8. Wahl der/s Vertreters/in im Bundesausschuss

9. Wahl der/s Delegierten zum Bundeskongress

10. Anträge und Beschlüsse

11. Ankündigungen und Schlusswort

Euer Landesvorstand

Erinnerungsarbeit nachhaltiger gestalten

Die offizielle bremische Gedenkveranstaltung für die Opfer von Faschismus und Krieg am 27. Januar fand im „Denkort Bunker Valentin“ statt. **Thomas Köcher**, Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, betonte in seiner Eröffnung, dass das Gedenken allen Opfern des Faschismus gilt. Ausführlich würdigte Bürgermeister **Carsten Sieling** die Entwicklung des Gedenkens am Tag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee, sprach die Aufgaben und Verantwortung an. Er benannte eine Reihe von Trägern der Erinnerungsarbeit, ging auf die Kooperation mit Yad Vashem ein, sparte dabei aber leider Initiativen aus, die über Jahrzehnte in enger Verbindung mit den Vereinigungen ehemaliger Zwangsarbeiter aus ganz Europa und ihren Angehörigen das Gedenken aufgebaut haben.

Umso intensiver trug **Jens Christian Wagner**, Leiter der „Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten“, provokante Thesen vor, die Handlungsperspektiven zur zukünftigen Gedenkarbeit anstoßen sollen. Er ging auf den wachsenden zeitlichen Abstand Jüngerer zum NS-System und 2. Weltkrieg ein, es gibt so gut wie keine Zeitzeugen mehr, 40% der heutigen Jugend weiß mit dem Begriff Auschwitz nichts anzufangen. Der millionenfache Mord an Menschen, die anders dachten, glaubten, sich verhielten als die Mehrheitsbevölkerung, die sich körperlich oder geistig zu schwach für die kriegsvorbereitenden Leistungsanforderungen zeigten, löst nicht notwendigerweise ein Mitgefühl für die Opfer gewollter Vernichtung aus. Auch waren die Opfer nicht immer Helden und Vorbilder. Das Gedenken selbst ist weithin zunehmend zum Ritual erstarrt, ohne Auswirkung auf das tägliche Verhalten in der Gegenwart. Zudem verkennt die Erinnerungsarbeit nur zu oft, dass ein schleichernder Gewöhnungsprozess bis in die frühere politische Mitte hinein Menschen zu Mittätern machte, sie einfiel durch kleinere Segnungen nach Ausplünderung und Enteignung früherer Eigentümer im eigenen wie in eroberten Ländern.

Damit wird es notwendig, Fragen anders zu stellen, die persönliche Handlungsebene in den notwendigen Aufklärungsprozess einzubinden. Der Frage danach, wie und unter welchen Bedingungen jemand zum (Mit) Täter wurde, ist heute sehr viel intensiver nachzugehen. Wir erleben, dass nicht nur in Deutschland drastische sozialpolitische Lösungen offen eingefordert, Menschenwürde und das Recht auf Leben nicht nur vom äußersten rechten Rand infrage gestellt werden. Das muss auch Auswirkungen auf die Gestaltung der Gedenkstätten und der Aufklärungsarbeit haben. Für Jens Christian Wagner kommt es darauf an, „wissenschaft-

lich und quellenfundiert sauber herauszuarbeiten, was die radikalisierte Gesellschaft veranlasst hat, NS-Verbrechen zu dulden und sich sogar aktiv daran zu beteiligen.“

Die Veranstaltung wurde mit musikalischen Glockenschlägen begleitet. Sie schloss mit der Verlesung von Namen der Euthanasie zum Opfer gefallener BremerInnen durch SchülerInnen der Wilhelm-Kaisen-Oberschule aus Huckelriede und einer Blumen-niederlegung am Denkmal „Vernichtung durch Arbeit“.

Wilhelm Henkel

Ausstellung in der Stadtbibliothek West

Seit Jahren erleben wir einen Anstieg der Auftritte blaubrauner Kräfte, Jagdszenen auf Menschen, die anders aussehen, sprechen, fühlen, denken. Schülerinnen und Schüler werden aufgefordert ihre Lehrkräfte auszuspiionieren und zu denunzieren. Das braune Reich wird immer unverhohlener glorifiziert. Es wird zur Treibjagd gegen kritische Journalisten geblasen. In den vergangenen Jahren haben wir erlebt, dass Telefonate mit dem Ortsamt akustisch aufgezeichnet, Wortprotokolle der Ausschusssitzungen erstellt und zu Strafanzeigen genutzt wurden. Daher haben wir überlegt, die heiße Wahlkampfzeit nach Ostern zur breiten Aufklärungsarbeit zu nutzen. Wir sehen die Gefahr, dass die Blaubraunen in einem Potential von 10-18% der wahlberechtigten Bevölkerung wildern und ein Zusammenleben in gegenseitigem Respekt behindern und zerstören.

Seit der Gründung der so genannten „Alternative für Deutschland“ (AfD) haben sich die politischen Gegebenheiten in Deutschland wesentlich gewandelt. Noch im selben Jahr verpasste diese Partei, deren thematischer Schwerpunkt gegen den Euro und gegen eventuelle deutsche Zahlungen zur Rettung der Liquidität anderer Eurostaaten gerichtet war, nur knapp den Einzug in den deutschen Bundestag. In den wichtigen deutschen Me-

dien repräsentierten die Partei der Wirtschaftsprofessor Bernhard Lucke (AfD-Vorsitzender) und der ehemalige Arbeitgeberpräsident Henkel. Frühzeitig erkannten wir in der VVV-BdA das von ihnen verbreitete Ressentiment. Die AfD fand Einzug in die unsere letzte Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ als rechtspopulistisches Umfeld der Neonazis.

Noch prägten die AfD-Mitglieder, die neben dem Geschrei gegen EU und Euro, auch gegen Menschen mit aus ihrer Sicht falschem Aussehen, Vorfahren und Meinungen hetzten, nicht die öffentliche Wahrnehmung der Partei. So erstellte unsere Bundesorganisation schließlich eine Ausstellung über die AfD. Sie vermittelte nicht nur die Politik und das Politikverständnis innerhalb der Partei, sondern machte auch deutlich, dass die AfD zum politischen Arm der weit verzweigten völkisch-nationalistischen Bewegung entwickelt wurde.

Unterstützt durch die Medienlandschaft, welche seit dem Herbst 2015 fast ausschließlich über die von ihnen selbst beschworene „Flüchtlingskrise“ berichtete, zog die AfD erfolgreich durch ...

weiter geht es auf Seite 5

Bremerhaven bleibt bunt!

... zog das Aktionsbündnis an sechs Samstagen zu Mahnwachen in der Innenstadt auf und warb mit Transparenten, Flugblättern und Gesprächen für die Demo. Dabei kam es auch wiederholt zu Provokationen durch Rechte. Sie pöbelten lautstark, spuckten uns vor die Füße, beleidigten, drohten, rissen ein Plakat vom Infotisch um es zu zerfetzen, rissen ein Transparent vom PKW-Anhänger und klawten es. Es brachte ihnen nichts ein außer Anzeigen, Gefährderansprachen durch die Polizei und eine Hausdurchsuchung. Die Zustimmung für „Bremerhaven bleibt bunt!“ wuchs dagegen von Woche zu Woche. Nun wurde auch in Zeitungen, Radio und Fernsehen berichtet. Am 10. November zog schließlich ein langer,

bunter und lauter Zug von 2000 Menschen von den Stadthäusern zur Innenstadt - die größte Demo der letzten Jahre in Bremerhaven. Vor der großen Kirche gab es eine beeindruckende Kundgebung und jede Menge Kultur zum Thema. Von der Demo, die mehr als 60 Gruppen- und 200 EinzelunterstützerInnen mit ihrer Unterschrift und Spenden ermöglicht haben, wurde nun sogar live berichtet.

Seit der Demo war das Bündnis bereits dreimal erfolgreich in Stadtteilen in Aktion: Am Leher Wochenmarkt gegen eine Aktion der Rechten, in Geestemünde gegen ein Treffen der AfD und in Leherheide gegen eine Kundgebung der Rechten. Und das AKTIONSBÜNDNIS GEGEN RECHTS will weitermachen. Die mit 30 - 40 Perso-

nen nach wie vor gut besuchten Plenum - Treffen werden inzwischen ergänzt durch mehrere thematische Arbeitsgruppen.

Bis zu den Wahlen am 26. Mai wird es einige Mahnwachen und andere Aktionen geben, bei denen der aktuelle Bündnisauf-ruf „Sie haben die Wahl - im Alltag und am Wahntag“ verteilt wird. Mit bunten, kreativen Aktionen werden BündnisaktivistInnen bei verschiedenen Anlässen in der Stadt in Erscheinung treten. Weiterhin wird das Bündnis dort sein, wo Rechte versuchen Fuß zu fassen. Weit über den Wahntag hinaus wird der Songwettbewerb reichen, der unter dem Motto „Dein Song gegen Rechts“ geplant wird.

Hanne Beutel

Trotz alledem

Das 100-jährige Gedenken an Verteidiger und Vermächtnis der Freien Sozialistischen Republik Bremen wurde zu einer würdigen Veranstaltung am Denkmal auf dem Waller Friedhof. Kamen in den vergangenen Jahren etwa 120 Menschen, um Blumengebinde niederzulegen und das Vermächtnis der Bremer Räterepublik zu reflektieren, so wurden es zum 100-jährigen um die 300. Entgegen aller ungünstigen Wetterprognosen hatten wir ein kühles, trockenes Wetter. Die Ansprachen spiegelten in ihrer Zusammensetzung eine Bandbreite von Haltungen wider, zeigten die verschiedenen Auffassungen eines revolutionären Neubeginns nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg auf, um sie

für unsere heutige Zeit nutzbar zu machen. Auch für die Bremer Räterepublik gelten Karl Liebknechts Worte vom 15. Januar 1919: „es gibt Niederlagen, die Siege sind; und Siege, verhängnisvoller als Niederlagen... Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein. Denn die Niederlage ist ihre Lehre... leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!“

Nach dem einleitenden Moldaulied des Buchtstraßenchors beschrieb unsere DGB-Vorsitzende **Annette Düring** die revolutionären Ereignisse vom 14.11.1918 bis zur Niederschlagung der Räterepublik am 04.02.1919, ausgehend von ihren Erinnerungen an die Antifaschistischen Stadtrundgänge mit Willy Hundertmark. Sie würdigte ihre Verteidiger und ihren Einsatz für Freiheit und Gleichheit, für umfassende Mitbestimmung auf allen Ebenen. Das Scheitern lag in ihrer Spaltung, ihren Machtkämpfen um Einfluss in der Arbeiterschaft. Das ermöglichte den nationalkonservativen Kräften „die Ansätze einer demokratischen Entwicklung“ auszuhelbeln. Nur 14 Jahre später wehte auf dem Rathaus die Hakenkreuzfahne, die Vertreter der Arbeiterbewegung wurden zu Gefangenen in Gefängnissen und KZ. Ausgemerzt wurde alles, „was an die Republik erinnert“, ein Herrenmenschentum propagiert, ein Weltkrieg entfacht. Nach der Befreiung von der faschistischen Herrschaft können Betriebsräte und Vertrauensleute wieder mitreden. Die Angriffe auf die Arbeitnehmerrechte haben sich allerdings in Zeiten des Neoliberalismus erheblich verstärkt. Der Boden wird bereitet, um „Rücksichtslosigkeit und Geschichtsvergessenheit zur Leitschnur“ politischen Handelns zu machen. Unsere Aufgabe heute ist es, die „zunehmende Spaltung der Gesellschaft aufzuhalten“, sich gemeinsam „gegen soziale Ungleichheit, Spaltung, Hass und Hetze“ zu stellen. Nach den aufrüttelnden Versen des Kieler

Matrosenlieds, gesungen vom Roten Krokodil, griff der DKP-Bezirksvorsitzende **Gerrit**

Nuklearkrieges heute, führte **Gerrit Brüning** aus. Die Existenz der gesamten Menschheit stehe auf dem Spiel! Widerstand beginne gegen die Militarisierung in Schulen und Hochschulen, Widerstand ist notwendig gegen die weitere Aufrüstung von NATO und EU, gegen eine europäische Verteidigungsarmee. Aktuell geht es darum, den Vorstoß der US- und der europäischen Regierungen gegen Venezuela abzuwehren. Es geht nicht um Freiheit. Vorbildliche Regelungen sollen zurückgedreht werden, der allgemeine Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, die Verdoppelung des Budgets für Renten und Sozialversicherung.



Auftritt des Buchtstraßenchors mit Komponistin und Chorleiterin **Rocsandra Popescu** im Westend

Brüning die Schilderung eines Beobachters über die Ereignisse des 04. Februar 1919 auf. Den Bremern erging es nicht anders als den Berliner Genossen, die unter dem Oberbefehl des „Verteidigungsministers“ **Gustav Noske** von Freikorps ermordet wurden. **Noske** trug die Verantwortung dafür, dass die **Gerstenberger** und **Casparileute** die Bremer Räterepublik niederschossen. Verhandlungen lehnte er ab, denn seiner Meinung nach musste und sollte dem „*Wirrwar ... mit aller Macht entgegengetreten werden*“. **Josef Sosnas** schilderte den Einmarsch einer Überzahl bis an die Zähne Bewaffneter, mit modernsten Kriegswaffen ausgerüstet. Ihnen gegenüber lagen 500 Arbeiter. Es ging ihnen um eine friedliche Zukunft ohne Krieg. Der Erste Weltkrieg, den das Großkapitel mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien und der Mehrheitssozialdemokratie entfacht hatte, sollte nur ein Vorbote des von den Faschisten entfachten Zweiten Weltkriegs 20 Jahre später sein. Die Niederlage vom Februar 1919 ließ es zu, dass die vereinte Reaktion und ihre Steigbügelhalter sich sammeln konnten. Ungleich dramatischer wären die Folgen eines modernen

Joachim Griesbaum und seine Genossin von der Hamburger MLPD wiesen auf die Schwächen der Räteherrschaft hin, auf die Toleranz gegenüber Verwaltung und Banken. Zu sehr waren die regionalen Revolutionszentren zersplittert, Lehren aus der Pariser Commune 47 Jahre früher wurden nicht konsequent verfolgt. Nicht so ganz schlüssig scheint mir allerdings jegliche Antwort auf die Frage, wieweit enteignete Gelder der örtlichen Banken in der isolierten Situation Bremens gereicht hätten. Im Anschluss führte der Buchtstraßenchor in der Kulturwerkstatt Westende ein 45-minütiges Programm mit Liedern auf, das von den zwanziger Jahren bis ins 17. Jahrhundert zurückging. Arbeiterlieder wie **Kurt Tucholskys** bittere Ironie wurden unter Chorleiterin **Rocsandra Popescu** auf chansonartige Weise dargeboten. Höhepunkt war erneut ihre eigene Komposition von **Peter Weiss'** Schilderung der Ereignisse vom 04. Februar 1919. Am 23. November wird der Chor abends ein Konzert in der Schauhalle (hinter dem Güterbahnhof) aufführen.

Raimund Gaebelein

Bremer Widerstand

1.305 Bremer befanden sich nach Angaben der Gestapo im ersten Jahr der Machtübertragung an Hitler in „Schutzhaft“ und wurden in der Regel ab März 1933 in das Bremer KZ Mißler eingeliefert. Diese „Leistungsbilanz“ der Bremer Polizeidirektion wurde am 6. März 1934 von der Bremer Gestapo verkündet. Unter den Verhafteten befanden sich Bremer Frauen und Männer, die die Tortur überlebten. Die Portraits von **Janet Fruchtmann** erinnern an diesen Widerstand (...).

Erinnert wird auch an die rund 500 Bremer Vertreter der Arbeiterbewegung, die mit **Maria Krüger** und **Käthe Popall** als Kommunisten und Sozialisten in den Bremer Er-

mittlungsverfahren und Prozessen zwischen 1933 und 1945 zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt wurden - wegen „Verbreitung von Greueldungen aus den Konzentrationslagern“, der „Verbreitung illegaler Zeitungen“, der „Errichtung einer Einheitsfront zwischen KPD und SPD“ oder wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“. Zu den Verurteilten gehörten prominente Bürger, die nach 1945 die Politik Bremens prägen sollten - wie **Willy Dehnkamp**, Senator und Bürgermeister ab 1951 oder die **Maschinenschlosser der AG Weser**, **Gustav Böhrnsen** und **Hermann Prüser**, nach 1945 ...

weiter geht es auf Seite 4

„Denn bin ich unter das Jugenamt gekommen“

Über Jugendfürsorge und Heimerziehung in Bremen während des Faschismus sprach **Gerda Engelbracht** am 16. Januar im Haus der Wissenschaft. Unter den mehr als 40 Anwesenden waren nicht wenige in diesem Bereich beruflich tätige. Die Ausstellung in der Kulturambulanz, später in der Bürgerschaft, eine ausführliche Darstellung im Weserkurier, Gesprächsreihen mit ehemals Betroffenen und Angehörigen und das zusammenfassende Buch „denn bin ich unter das Jugenamt gekommen“ waren längst überfällig. Haupthindernis für eine gründliche Aufarbeitung war die mutmaßliche Aktenvernichtung Anfang der 90er Jahre. Grundlagen der Einstufung, das Personal, die Amtswege und Zuständigkeiten sollten den Faschismus bis Mitte der 70er überdauern. Das Bild der Jugendlichen wurde schon gegen Ende der Weimarer Republik geprägt, die fatalen Konsequenzen, die der faschistischen Rassenideologie entsprangen, aus nüchternem Kosten-Nutzen-Denken, aus Bequemlichkeit oder Überzeugung durchgesetzt.

Traditionell waren Fürsorgeheime in kommunale und konfessionelle aufgeteilt. Aufgabe der konfessionellen war die Verwahrung der schwer erziehbaren, wenig einsetzbaren Fürsorglinge. Damit einher ging eine gewisse Psychiatrierung. Soziale Ursachen wurden auf persönliche Defizite von Familien und Milieus zurückgeführt. Behinderungen als Folgen von Sünde definiert oder auf erbliche Veranlagung. Geschlechtergetrennt waren die Erwartungen der Träger, Jungen sollten arbeitsam und lernwillig sein, Mädchen nicht zu selbstbewusst, sondern anpassungsfähig und fügsam. Mit der Übernahme der Wohlfahrtspflege durch Wilhelm Kayser und des Jugendamtes durch Peter Piorowski begann 1934 auch in Bremen die Durchsetzung der „erbbiologischen“ Begutachtungspraxis. Als „minderwertig“ wurden Kinder jüdischer, aus Sinti- oder Romafamilien angesehen, Die führenden Köpfe der Inneren Mission erwarteten einen Großteil der für „schwer erziehbar“ erachteten Fürsorglinge übertragen zu bekommen. Die Gesetze zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses“ wurden begrüßt, der Begutachtung zwecks Zwangssterilisation kaum Steine in den Weg gelegt.

Als „schwer erziehbar“ eingestufte Mädchen wurden im Hartmannshof, im Marthas oder Isenbergheim untergebracht, Jungen im St. Petri Waisenhaus oder im Ellener Hof. Der Hartmannshof diente 1934/36 zur Aufnahme von Mädchen und jungen Frauen während des Zwangssterilisationsverfahrens. Im Marthasheim waren 1938 sehr junge, gefährdete Mädchen zur Untersuchung ihrer Erziehbarkeit untergebracht. Die Fluktuation war sehr hoch. „Fluchtverdächtige“ wurden in auswärtige geschlossene Heime gebracht. 1942 wurde ein Großteil der Bewohnerinnen ins Isenbergheim gebracht. 1936 wurden alle nicht „erbgesund“ oder „rassisch einwand-

freien“ oder durch „Milieugefährdung“ „schwer verwahrloste“ Jungen des St. Petri Waisenhauses in psychiatrische Anstalten, Behinderteneinrichtungen oder Fürsorgeeinrichtungen wie Freistatt abgeschoben. Der Ellener Hof diente der Einstufung unklarer Fälle.

Erschütternd ist die Biographie von Hilde Reddig. Die Mutter war früh verstorben, sie wuchs bei ihren Großeltern auf. 1938 kam sie mit 15 zu ihrem Vater und seiner zweiten Frau. Im Jahr darauf kam sie ins Marthasheim. Kurz darauf forderte die Heimleitung das Jugenamt auf, Hilde in eine geschlossene Einrichtung zu verlegen. Sie habe „eine sehr verdorbene, schmutzige und phantastische Gedankenwelt“, übe einen schlechten Einfluss auf die anderen Mädchen aus. Immerhin sei sie bei der Arbeit „willig und anständig“. In der Bergischen Diakonie Aprath wurde ihr „Eifer und Geschick für alle Arbeiten“ bescheinigt. Sie fragten beim Bremer Jugenamt an, ob sie

dort eine Gärtnerlehre aufnehmen könne. Nachdem sie mit einem polnischen Zwangsarbeiter angebändelt hatte, wurde sie nach Aprath zurückgeschickt. Nach einer weiteren Rückkehr ins Marthasheim drang die Heimleitung im Mai 1942 darauf, sie in ein Arbeitslager zu stecken. Sie gehe täglich zur Arbeit, im Heim aber rede sie viel und verbreite sie starke Unruhe. Als sie kurz darauf aus dem Heim floh, beantragte die Heimleitung ihre Unterbringung in einem Jugendschutzlager. Nach nur einem halben Jahr verstarb Hilde Reddig am 05.04.1943 im Jugend-KZ Uckermark im Alter von 19.

Nachlesen lassen sich die Forschungsergebnisse sehr anschaulich in Gerda Engelbrachts Buch „Denn bin ich unter das Jugenamt gekommen.“ Bremer Jugendfürsorge und Heimerziehung 1933-1945, Edition Falkenberg, Bremen 2018, 176 S., 9,90 Euro, ISBN 978-3-95494-160-5

Richard Keßler

Dunkler Fleck der SPD

Es muss verwundern, dass selbst die schneidende Kritik des scheinbar treuen Vasallen von Ebert bis heute ausgeschwiegen bleibt: Philipp Scheidemann hatte bekanntlich am 09. November 1918 vom Balkon des Reichstages die „freie deutsche Republik“ –gegen den Willen von Ebert ausgerufen, um der Rede von Karl Liebknecht und der Ausrufung der „sozialistischen Republik“ zuvorzukommen. Schonungslos ging Scheidemann mit der eigenen Partei ins Gericht. Er thematisiert die „verhängnisvollen Fehler Eberts“. Ebert sei hauptverantwortlich dafür, dass die MSPD in der Novemberrevolution nicht die notwendigen Strukturreformen durchgeführt habe. Scheidemann sah darin auch die Ursachen für die Niederlage von 1933. Wegen seiner „erstaunlichen Militärförmigkeit“ sei Ebert als Reichspräsident „der Gefangene der Reichswehr gewesen, der noch dazu ein Bündnis mit den Freikorps einging. (Scheidemann, Das Versagen der SPD. Schriften aus dem Exil, 2002, S.91-140). Dass wir so wenig von dieser Kritik wissen, hat auch damit zu tun, dass der SPD-Vorstand und die Friedrich-Ebert-Stiftung jahrelang die Veröffentlichungen der Erinnerungen von Scheidemann und Dittmann zu verhindern versuchten. (...) In-

sofern ist die Zerstörung der Weimarer Republik durch Faktoren und Widersprüche mitbestimmt, die bei ihrer Gründung schon angelegt waren. Vor allem die fundamentale Schwäche der gespaltenen Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik muss mit aus dem Scheitern der Revolution von 1918/19 und der gleichzeitigen militärischen Unterdrückung oppositioneller Arbeitermassen durch die Führung der MSPD erklärt werden. Eindrucksvoll ist dieser Zusammenhang nach dem Verbot der SPD im Juni 1933 von prominenten sozialdemokratischen Politikern selbst aufgearbeitet worden. So schreibt der langjährige Reichsfinanzminister Rudolf Hilferding am 23. September 1933 aus dem Züricher Exil an Karl Kautsky: *„Unsere Politik in Deutschland war seit 1923 sicher im Ganzen und Großen durch die Situation erzwungen und konnte nicht viel anders sein. Zu diesem Zeitpunkt hätte auch eine andere Politik kaum ein anderes Resultat gehabt. Aber in der Zeit vor 1914 und erst recht von 1918 bis zum Kapp-Putsch war die Politik plastisch, und in dieser Zeit sind die schlimmsten Fehler gemacht worden“* (ISG Nachlass Kautsky D XII,661).

Jörg Wollenberg

Bremer Widerstand

... Mitglieder der Bremer Bürgerschaft. Auch der Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ und Gewerkschaftssekretär des KPD-Bezirks Nordwest, Johann Koschnick, der nach seiner Haftentlassung 1944 in Finnland als Mitglied des Strafbataillons 999 starb. Noch 1944/45 wurden Bremer Kommunisten in öffentlichen Schauprozessen wegen der Verteilung illegaler Schriften und des Aufbaus verbotener Organisationen zu

mehrwöchigen Zuchthausstrafen oder zum Tode verurteilt.

Die Nazi - Presse berichtete bis zum Ende des Krieges öffentlich über die Prozesse. So u.a. die Bremer Nachrichten oder die Bremer Nationalsozialistische Zeitung (BNZ), das Organ der NSDAP (...). Selbst im Ausland wurde über Bremen berichtet. So z.B. in der in Prag gedruckten AIZ über das KZ Mißler-Ochtumsand.

Jörg Wollenberg

Neues von den Bremer OMAS

ALT SEIN HEISST NICHT DEMENT SEIN, sondern: ALT SEIN HEISST NICHT STUMM SEIN

Die Bremer OMAS GEGEN RECHTS ver-
wahren sich mit Nachdruck gegen die Äu-
ßerung, die Stephan Bothe, AfD-MdL
Niedersachsen, am 26. Februar anläs-
slich einer Veranstaltung in Bleckede-
Garlstorf tätigte. Er behauptete dort
und postete dies auch auf seiner öffent-
lichen Internetseite, die OMAS
GEGEN RECHTS seien folgendermaßen
zu charakterisieren: „... und es wurde
die erschütternde Beobachtung gemacht,
dass die Auswirkungen eines frühen
Stadiums der Demenz dazu führen kön-
nen, dass Betroffene sich in Grup-
pierungen wie „Omas gegen rechts“
zusammenfinden und sich in Ermangelung
der Fähigkeit einer sinnvollen Ausgestal-
tung des Lebensabends linken Protestgrup-
pen, die auf ähnlichem Niveau operieren,
anschließen.“

„Diese Verleumdung lassen wir uns nicht
gefallen“, so Gerda Smorra, Gründerin
der Bremer Gruppe. Daher wurde am
3.3.2019 Strafanzeige erstattet. Verleum-
dung bedeutet in deutschen Sprachrecht,
dass jemand über eine Person ehrverlet-
zende Behauptungen aufstellt, obwohl
dieser weiß, dass die Behauptungen
unwahr sind.

OMAS GEGEN RECHTS, Ende 2017 in
Österreich gegründet, sind seit Anfang
2018 eine deutschlandweite überpartei-
liche Bewegung, die in weit über 50
Regionalgruppen organisiert ist. Es sind
Tausende sehr aktive Frauen (und Män-
ner) in vielen deutschen Städten, die
sich mit diversen Aktionen gegen den
Rechtsruck in Deutschland und Europa
wenden. Den Dachverband der OMAS
findet man auf Facebook unter OMAS
GEGEN RECHTS Deutschland-Bündnis.
Die OMAS im Norden haben auch

eine Website: www.omasgegenrechts-nord.de.



Bremer OMAS und OPAS auf dem Findorffer Wochenmarkt

Stumm sind die Bremer OMAS GEGEN
RECHTS gewiss nicht, geschweige denn
dement. Sie sind bei vielen Demos dabei,
sind häufig auf Bremer Wochenmärkten
mit einem Stand vertreten, werden in
Schulen, in Seniorengruppen etc. und
freuen sich auf zahlreiche Besucher*innen
am 09. Mai ab 15:00 Uhr auf dem Bremer
Marktplatz anlässlich des zentralen Euro-
pafestes Bremen/Bremerhaven.

Am 09.03.2019 starteten die OMAS mit
ihrer ersten Marktaktion, auf dem Findor-
ffer Wochenmarkt, um sich aktiv dafür
einzusetzen, dass viele BremerInnen am
26. Mai wählen gehen. Trotz des sehr
windigen und kalten Wetters standen elf
OMAS und OPAS zwei Stunden auf dem
Markt, verteilten Flyer und Infomaterial
und führten viele interessante Gesprä-
che. Der Zuspruch, grade auch von
jungen Menschen, zeigt uns jedes Mal
wieder, wir sind auf dem richtigen Weg
und können auch noch im Alter was be-
wegen. Im April werden wir uns dann
einer neuen Herausforderung stellen und
in kleiner Besetzung zwei Seniorenheime
in Bremen be-

suchen und dort den BewohnerInnen von
unserer Arbeit berichten. Es wird mit
Sicherheit viele neue Eindrücke und
vielleicht auch neue Omas und Opas
geben, die uns unterstützen wollen.
Aber nicht nur in Bremen, sondern im
ganzen Bundesgebiet werden wir OMAS
immer bekannter und man nimmt uns
nicht nur als eine kleine unbedeutende
Gruppe wahr, sondern als das was wir
sind, aktiv auf die Missstände aufmerk-
sam machende ältere, lebenserfahrene
Menschen.

Die Bremer Gruppe OMAS GEGEN
RECHTS hat mehr als 130 Mitglieder und
trifft sich **jeden 1. Samstag im
Monat um 15:00 Uhr** im Bürgerhaus
Weserterrassen. Neue Mitglieder sind
herzlich willkommen!

Marion Bonk

Geburtstage im April/Mai 2019

Gerd Meyer	07.04., 73 J.
Georg Gumpert	11.04., 86 J.
Vital Craeninx	11.04., 65 J.
Günter Brüggesch	18.04., 67 J.
Jens Zimmerling	19.04., 65 J.
Annegret Gerns	26.04., 84 J.
Werner Scholz	02.05., 71 J.
Otto-Klaus Hübotter	17.05., 89 J.
Peter Reichel	20.05., 82 J.
Oktaaf Duerinx	22.05., 81 J.
Heinz Brüning	25.05., 88 J.

Herzlichen Glückwunsch allen
Kameradinnen und Kameraden
vom Landesvorstand

Ausstellung in Stadtbibliothek West

... die nächsten Wahlkämpfe. Mit jedem
Wahlkampf und vor allem den Wech-
seln in der Parteispitze wurden die
Parteiströmungen, die Positionen der
extremen Rechten vertreten, immer
einflussreicher. So war unter dem Titel
„Keine Alternative!“ eine notwendige
Überarbeitung unserer Ausstellung
erschienen. Ziel dieser Überarbeitung
war es nicht nur, die rechte Radikali-
sierung der neuen Parteispitze und
weiter Teile der Mitglieder und An-
hängerschaft deutlich zu machen,
sondern auch die Verbindungen
zwischen AfD-Funktionären und Orga-
nisationen der extremen Rechten
(wie dem „Institut für Staatspolitik“)
aufzuzeigen.

Die Ausstellung bezweckt, die zunehmend

völkisch-nationalistisch werdende
Ideologie der AfD zu analysieren und
ihre Beziehungen zu völkischen Grup-
pierungen und Personen aufzuhellen.
Innerhalb der Parlamente sind sie
bemüht die parlamentarische Demo-
kratie zu bekämpfen. Sie rufen nach
„Schutz unserer Identität“, nehmen
sich die Steigbügelhalter der NSDAP
und die Ideologen eines „Dritten
Wegs“ zum Vorbild, behaupten
Sachwalter zu sein für den „Schutz
des Lebens“ und „der deutschen
Frau“. Sie fordern die Ausbreitung
Deutschlands mit militärischen Mit-
teln nach außen und innen und eine
Gestaltung der Unterrichtscurricula
in diesem Sinne. Ihr Kulturbegriff
lässt selbstbestimmtem Leben
keinen Raum, mit Angstmache wird
gewarnt vor Europa und Globalisie-
rung, Feindbilder lehnen sich an
völkisch ausge-

prägte Hetze gegen alles Andersartige
an.

Daher laden wir zur Eröffnung der
Ausstellung „Keine Alternative!“ am
Donnerstag, den 25. April um 19:30
Uhr in der Stadtbibliothek West,
Lindenhofstraße 53 in Gröpelingen
ein. Dort sprechen nach der Begrü-
ßung durch den Bibliotheksleiter
Andreas Gebauer der Bundesgeschäfts-
führer der VVN-BdA Thomas Willms
und der GEW-Landesvorsitzende
Christian Gloede.

Wir bieten Führungen durch die
Ausstellung an. Anmeldung bei
Raimund Gaebel unter (0421) 6163215
oder 0176/4986 5184

Ulrich Stuwe

Termine April/Mai 2019

Ausstellung Experiment Moderne. Bremen nach 1918

Noch bis zum 02. Juni im Focke Museum, Wandel der globalen Alltagskultur, politische Umbrüche, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung Bremens in den 20er und 30er Jahren.

A Letter to Debbie

Ausstellung zum Gedenken an die Befreiung des Konzentrationslagers Dachau von Yarden Donig-Youner aus Hastings/USA in der Galerie im Bamberger, Volkshochschule Bremen. Am 30. April Finissage der Ausstellung A letter to Debbie mit Berichten und Filmen von und über Verfolgung und Befreiung der Gegner des NS-Systems in Bremen, Dienstag, 09.04. um 19:00 Uhr in der Galerie im Bamberger, Volkshochschule Bremen: Ein anderer Blick auf die Todesmärsche von Auschwitz und Dachau mit Erinnerungen von KZ-Häftlingen, u.a. von Käthe Lübeck-Popall, nach 1945 Senatorin in Bremen, ergänzt um den Dokumentarfilm „Nacht und Nebel“, 1956 von Alain Resnais gedreht, Musik von Hanns Eisler. Dazu ein Brief von Heinrich Böll an Jean Cayrol, der den Text zum Film schrieb.

„Das ganze Deutsche Reich steht heute gegen uns“

Dienstag, den 16. April um 19:30 Uhr Shakespeare Company, am Leibnizplatz, „Das ganze Deutsche Reich steht heute gegen uns“, die Revolution 1918/19 in Bremen, Aus den Akten auf die Bühne, mit Studierenden der Universität Bremen

Am 09. November verkündete der Arbeiter- und Soldatenrat Bremens „Was hat sich ereignet? Nichts Geringeres als eine Revolution“.

Verantwortung heißt: Abrüstung, Atomwaffenverbot, Entspannung

Samstag, 20. April, um 11:00 Uhr, die Auftaktkundgebung zum Ostermarsch am Hauptbahnhof.

Mit den Ostermarsch-Aktionen bringt die Friedensbewegung erneut bundesweit ihre Themen in die Öffentlichkeit. So auch in Bremen und Umgebung.

Nach der Demonstration durch die Innenstadt findet um 12:00 Uhr eine Kundgebung auf dem Marktplatz statt. Dort spricht unter anderem Reiner Braun, Präsident Internationales Friedensbüro (IPB), Mitinitiator des Aufrufs "Abrüsten statt aufrüsten" und der Kampagne "Stop Air Base Ramstein".

„Keine Alternative!“

Donnerstag, 25. April wird um 19:30 Uhr in der Stadtbibliothek West, Lindenhofstraße 53, die Ausstellung „Keine Alternative!“ eröffnet.

Sie wird dort bis zum 24. Mai zu sehen sein Nach einer Begrüßung durch Andreas Gebauer, dem Leiter der Stadtbibliothek, führen Thomas Willms, Bundesgeschäftsführer der VVN-BdA, und Christian Gloede, Landesvorsitzender der GEW, in die Ausstellung ein. (siehe auch Seite 5)

Keine Zuflucht. Nirgends

Donnerstag, 25. April, und Sonntag, den 28. April, jeweils um 19:30 Uhr spielt die Shakespeare Company, „Keine Zuflucht. Nirgends: Die Konferenz von Evian und die Fahrt der St. Louis

Amicale Belge de Neuengamme

Samstag, 04. Mai, um 10:30 Uhr Bahrs Plate, 12:00 Uhr Schützenhof gemeinsames Gedenken mit der Amicale Belge de Neuengamme an die Häftlinge in den Bremer Neuengamme-Außenlagern.

Spanischer Bürgerkrieg - Eine Spurensuche

Ausstellung von Klaus Hammer und Jörg Wollenberg zur Erinnerung an das Ende des Spanischen Bürgerkriegs vor 80 Jahren vom 08. Mai bis 18. Juni in der Bremer Volkshochschule

Eröffnung am Dienstag, 08. Mai, um 19:00 Uhr in der Galerie im Bamberger mit dem Schauspieler Rolf Becker und Jörg Wollenberg, musikalisch begleitet von Ralf Benesch und Uli Bösking mit den „Canciones Fuertes“ von Dos Ulises. Der Schützengraben als Volkshochschule

Dienstag, 21. Mai, um 19:00 Uhr in der Galerie im Bamberger, Volkshochschule Bremen: Führung durch die Ausstellung und Vortrag von Jörg Wollenberg mit Lesung von Texten durch Gerald Schneider zum Thema: „Der Schützengraben als Volkshochschule“. Zur Schul- und Bildungsreform im Spanischen Bürgerkrieg.



„Der Bremer Antifaschist“, kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint zweimonatlich.

Wir sind Am Speicher XI Nr. 9, 28217 Bremen, erreichbar.

Beim BLG-Forum - nicht im Speicher XI

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.bremen.vvn-bda.de

Montag: 15:00 - 17:00 Uhr

In den Schulferien finden Bürostunden nur auf Anfrage statt (siehe Stadtrundgänge).

Für die Unterstützung unserer Arbeit:
Die Sparkasse in Bremen
BIC: SBRE DE 22 xxx
IBAN: DE06 29050101 000 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (0421-382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (0421-6163215 bzw. 0176/49865184) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich am ersten Montag des Monats um 15:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich am dritten Montag des Monats um 18:00 Uhr

Die Sitzungen sind natürlich mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder. Im Internet sind zum Teil weitere Artikel, die nicht im BAF stehen.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats
V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Mich interessieren folgende Themen:

- Einwanderer und Flüchtlinge
- Rassismus
- Neofaschismus
- Frieden/Antimilitarismus
- Erinnerungsarbeit

Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.

Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.

Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Bremen, den _____